

Abkürzungen

| | |
|---------|---|
| PolG | Polizeigesetz des Bundes/Polizeigesetz der Länder |
| PolG BW | Polizeigesetz für Baden-Württemberg |
| RGBL. | Reichsgesetzblatt |
| RVO | Rechtsverordnung |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SMAD | Sowjetische Militäradministration in Deutschland |
| StAG | Staatsangehörigkeitsgesetz |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| StPO | Strafprozessordnung |
| StVG | Straßenverkehrsgesetz |
| StVO | Straßenverkehrs-Ordnung |
| StVZO | Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung |
| Verf. | Verfassung |
| WRV | Weimarer Reichsverfassung von 1919 |
| ZK | Zentralkomitee |

Grundlegende Literatur

- Andersen/Woyke* Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen 2003
- Berg* Staatsrecht, Grundriss des Staatsorganisationsrechts und der Grundrechte, 6. Auflage, Stuttgart 2011
- Blumenwitz* Denk ich an Deutschland, Dokumentenband, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1989
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen* Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987
- Hartwich/Grosser/Horn/Scheffler* Politik im 20. Jahrhundert, Braunschweig 1974
- Hesselberger* Das Grundgesetz, Kommentar für die politische Bildung, 13. Auflage, München 2003
- Kantel* Kommunale Verfassung und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Göttingen 1977
- Kleßmann* Die doppelte Staatsgründung, Band 298 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991
- Lieser-Triebnigg* Recht in der DDR, Köln 1985
- Maaßen* Massenmedien, 2. Auflage, Heidelberg 1996
- Maunz/Dürig/Herzog* Grundgesetz, 88. Aufl., Stand August 2019, München
- Model/Creifelds* Staatsbürger-Taschenbuch, 34. Auflage, München 2018
- Niedermayer* Parteimitglieder in Deutschland. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 27. Berlin, Freie Universität Berlin 2017
- Reiners* Verwaltungsstrukturreformen in den deutschen Bundesländern. Radikale Reformen auf der Ebene der staatlichen Mittelinstanz, Wiesbaden 2008
- Rexin* Die Jahre 1945–1949, Hannover 1962
- Rolfes/Volkert* Aufgaben und Organisation der öffentlichen Verwaltung, Stuttgart 1992
- v. Rosen/v. Hoewel* Gemeinderecht, Stuttgart 1978

Grundlegende Literatur

- Splittmann/Fricke* 17. Juni 1953, Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982
- Weber* Die DDR – Grundriss der Geschichte 1945–1981, 5. Auflage, München 2012
- Weidenfeld/Wessels* Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002
- Weidenfeld* Die Europäische Verfassung verstehen, Gütersloh 2006
- Wolff/Bachof/Stober* Verwaltungsrecht II, 7. Auflage, München 2010; 8. Auflage, München 2020
- Zippelius/
Würtenberger* Deutsches Staatsrecht, 33. Auflage, München 2018

Weitere Literaturhinweise sind den Fußnoten zu entnehmen.

1 Ist politische Bildung angezeigt?

Im freien demokratischen Rechtsstaat ist der Bürger¹ angehalten, am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Das Volk ist Träger der Staatsgewalt. So bestimmt **Art. 20 Abs. 2 GG**:

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

Demnach verlangt der demokratische Staat den politisch mündigen Bürger, der auf Grund eines fundierten Sachwissens aus innerer Überzeugung in freier Wahl seine politischen Entscheidungen treffen kann. Dies erfordert allerdings größere Anstrengungen. Dabei richten sich die Bemühungen politischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit primär an jüngere Menschen, die den Staat und die Gesellschaft von morgen tragen und weiterentwickeln werden.

Ferner benötigen wir politische Sensibilisierung, um die in jeder freien Gesellschaftsordnung zwangsläufig vorhandenen Spannungen und Konflikte einer Lösung zuführen zu können. Dabei sollten von allen Beteiligten – Parteien, Parlament, Regierung und Interessengruppen – und weiteren Akteuren demokratische Spielregeln der Fairness, Toleranz und Kompromissbereitschaft beachtet und eingehalten werden.

Der freie demokratische Staat gewährt seinen Bürgern einen größtmöglichen Freiraum zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Diese Entfaltungsfreiheit darf aber nur so weit gehen, dass sie andere Interessen nicht verletzt oder Mitmenschen schädigt. Somit sollte der Freiheitsgebrauch erlernt sein, in einem Staat, der Freiheit im Rahmen der Ordnung gewährt. Dazu gehört auch, dass Grenzen, die der Freiheit gesetzt sind, respektiert werden und erkannt wird, dass Freiheit ihren Preis hat. Schließlich sollte sich eine politische Aufklärung zum Ziel setzen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie den Symptomen des totalitären Staates gegenüberzustellen.

Es gibt sicherlich eine Anzahl weiterer Gründe, warum politische Bildungsarbeit benötigt wird. Nicht zuletzt lässt sich dies durch die Tatsache belegen, dass auf diesem Feld bislang eine große Zahl staatlicher, öffentlicher, privater und freier Einrichtungen tätig geworden

*Art. 2
Abs. 1 GG*

1 * Zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit wird im weiteren Ablauf die maskuline Ausdrucksform verwendet.

sind und fortwirken. So arbeitet in diesem Sinne die »Bundeszentrale für politische Bildung«² im Auftrag des Bundestages. Ihre Arbeit ist in der breiten Öffentlichkeit vor allem durch die Wochenzeitung »Das Parlament« mit ihrer Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte«, durch Wettbewerbe und Preisausschreiben für Schulen und die überaus nützlichen »Informationen zur politischen Bildung« bekannt geworden. Darüber hinaus sind beispielsweise die Akademien der beiden großen Kirchen in Deutschland und die Bildungseinrichtungen diverser Interessenvertretungen zu nennen, wobei politische Bildungsarbeit – mit dem hier verfolgten Anspruch nur teilweise kompatibel – vielfach wenig »neutral«, sondern oft politisch motiviert erfolgt.

Für die Staats-, Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde war die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte stets ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildungsarbeit. Dies galt in den 1950er Jahren nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ebenso wie nach dem Fall der Mauer und auch im neuen Jahrhundert. Für politische Aufklärungsarbeit ist die Behandlung der Zeitgeschichte und die Frage nach der »inneren Einheit« geradezu zwingend. So war es 1989 nach dem Mauerfall notwendig, den pädagogischen und moralischen Auftrag zu erfüllen, historische Aufklärung zu leisten. Es galt und gilt fort, dem Vergessen, dem Verdrängen und dem Verklären entgegenzutreten. Dabei darf z. B. die Geschichte der DDR nicht nur als Objekt westdeutscher Betrachtung gewertet werden.

Auch müssen Freiheit und Rechtsstaat – so selbstverständlich sie erscheinen mögen – immer wieder erlernt, erarbeitet und erkämpft werden. Demokratie versteht sich nicht von selbst.

Es lässt sich somit feststellen, dass im demokratischen Staat, der die freie Mitbestimmung seiner Bürger verlangt, politische Bildungsarbeit angemessen und notwendig ist.

Eine solche sollte zumindest nachstehende Ziele verfolgen:

- **Wissensvermittlung** über den Staat, seine Verfassung und die darin enthaltenen Organe, über das Zusammenwirken der Verfassungsorgane, ihre Machtbefugnisse, aber auch über Machtbegrenzung, über die Verfassungsgrundsätze und die herausragende Bedeutung der Grundrechte sowie über die verschiedenen Erscheinungsformen von Staaten und deren Verbindungen und dem gemeinsamen Bemühen der freien Völker, den Frieden zu erhalten.

2 Die Länder verfügen über entsprechende Landeszentralen für politische Bildung.